



GLOSSAR

Abkommen: bindende Vereinbarung zwischen Staaten; als Synonym verwendbar mit *Pakt* und *Konvention*. Wenn Abkommen von der UN-Generalversammlung verabschiedet werden, bilden sie gesetzlich bindende internationale Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten, die das Abkommen unterzeichnet haben. Wenn eine nationale Regierung ein Abkommen ratifiziert, werden die Artikel von diesem Abkommen Bestandteil ihrer innerstaatlichen gesetzlichen Verpflichtungen.

81

Abseits, ins Abseits gedrängt: in eine Position von unbedeutender Wichtigkeit, Einfluss oder Macht gebracht.

Acholiland: eine ethnische Gruppe im Norden von Uganda, ein Binnenstaat von Ostafrika.

African Charter on Human and Peoples' Rights (Afrikanische Charta über Menschen- und Völkerrechte) (1981 verabschiedet; 1986 in Kraft getreten): etabliert den Standard und Schutz der Menschenrechte für die afrikanische Region; bekannt dafür, Rechte und Pflichten von Gesellschaft und Gruppen anzugehen.

African Commission on Human and Peoples' Rights (Afrikanische Kommission für Menschen- und Völkerrechte): institutionelles Gremium, das hauptsächlich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Afrika verantwortlich ist.

African National Congress (Afrikanischer Nationalkongress) (ANC): der 1912 von der Südafrikanischen Politischen Partei und der Schwarzen Nationalisten-Organisation gegründete Südafrikanische Nationalkongress Einheimischer. Sie war nach der Apartheid in Südafrika die regierende Partei als eine sozialdemokratische Macht.

Akkadisch: die ausgestorbene Sprache eines Reiches, dessen Zentrum die Stadt Akkad war. Das umgebende Gebiet befand sich im Zentrum Mesopotamiens (etwa 80 Kilometer vom Zentrum von Bagdad, Irak).

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR): von der UN-Generalversammlung am 10. Dezember 1948 verabschiedet. Das UN Hauptdokument, das Menschenrechtsstandards



und Normen etabliert, bezüglich derer alle Mitgliedstaaten zugestimmt haben, die AEMR einzuhalten. Obwohl die Erklärung nicht bindend sein sollte, wurden ihre verschiedenen Bestimmungen von den Staaten mit der Zeit so sehr respektiert, dass man jetzt sagen kann, dass es sich um internationales Gewohnheitsrecht handelt.

Allgemeine Rechtsgrundsätze: Grundsätze, die im inländischen Recht von Staaten fast einheitlich erscheinen und daher über die Zeit bindend für alle Nationen werden; eine der Hauptquellen des Völkerrechts.

American Convention on Human Rights (Amerikanische Menschenrechtskonvention) (1969 verabschiedet; 1978 in Kraft getreten): etabliert den Standard und Schutz der Menschenrechte für die Amerikaner; gründet die Interamerikanische Kommission der Menschenrechte.

82

American Declaration of the Rights and Duties of Man (Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen) (1965): eine nicht bindende Erklärung von regionalem Menschenrechtsstandard; sie hat sich zu einem einflussreichen Dokument entwickelt, da ihr vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte Wert verliehen wurde.

Beijing Declaration and Platform for Action (Pekinger Erklärung und Maßnahmenplattform): ein Konsensdokument, das 1995 aus der Vierten Weltkonferenz über Frauen in Peking hervorgeht, bei dem die Menschenrechte der Frauen in allen Aspekten des Lebens überprüft und zugesichert wurden; von Abgeordneten auf der Konferenz unterzeichnet und moralisch bindend, nicht aber rechtlich.

Beitritt: das Annehmen eines Abkommens von einem Staat, der nicht an den Verhandlungen hierzu oder dessen Ausarbeitung beteiligt war.

Beschwerde: in rechtlicher Hinsicht das erste Dokument, das eine Klage einleitet; sie ist eine kurze Zusammenfassung darüber, was geschehen ist, und argumentiert, warum Rechtsmittel zugestanden werden sollten. Bei einem Menschenrechtsfall wird in der Beschwerde (oder Petition oder Kommunikation) behauptet, dass eine Regierung oder eine Einzelperson oder eine Institution, die sich an den Standard für Menschenrechte halten muss (wie beispielsweise ein Regierungsvertreter), die Menschenrechte bestimmter Einzelpersonen oder Gruppen verletzt hat.

Block: eine Gruppe von Ländern oder politischen Parteien, die ein Bündnis eingegangen sind. Zum Beispiel der kommunistische Block.

Charta: ein Dokument, das von einem Landesfürsten oder einem Staat ausgefertigt wird und die Bedingungen umreißt, nach denen eine Gemeinde, Kolonie, Stadt oder eine andere Körperschaft organisiert ist, und das auch ihre Rechte und Privilegien festlegt.

Charta der Vereinten Nationen: Das erste Dokument der UN, das die Ziele, Funktionen und Verantwortlichkeiten festlegt; 1945 wurde es in San Francisco, USA, verabschiedet.



Charter of the Organization of American States (Charta der Organisation Amerikanischer Staaten) (1948 unterzeichnet; 1951 in Kraft getreten): Erste Satzung der Organisation der Amerikanischen Staaten, die die Interamerikanische Kommission der Menschenrechte bildete.

Charter of the United Nations (Charta der Vereinten Nationen) (1945 unterzeichnet; 1945 in Kraft getreten): Erstes Dokument der Vereinten Nationen, das die Regeln für die UN aufstellt und einige Grundprinzipien des Völkerrechts neu formuliert.

Coke, Sir Edward: (1552–1634) englischer Jurist (er war in der Gesetzgebung, als Richter, Anwalt oder Wissenschaftler versiert), der als einer der bedeutendsten Juristen der gesamten englischsprachigen Geschichte angesehen wird und der bestens für das Zusammenstellen von Gesetzessammlungen bekannt ist. Als Parlamentsmitglied geriet er fortwährend mit der englischen Krone aneinander und forderte routinemäßig die königliche Autorität heraus. 1621 drängte er als Führer einer Debatte darauf, dass das Parlament nicht dem König unterstehen sollte. Ein paar Jahre später half Coke dabei, die Petition des Rechts zu schreiben, der detailliertesten Aussage über die Freiheitsprinzipien, die es bis zu jenem Zeitpunkt in England gegeben hat und die wesentlicher Bestandteil der englischen Verfassung wurde.

Commission on Human Rights (Menschenrechtskommission): eine UN-Kommission, die eine Gruppe von Beauftragten aus verschiedenen Ländern umfasst, die mit Angelegenheiten zu tun haben, die Menschenrechte und grundlegende Freiheiten überall auf der Welt betreffen. Sonderberichterstatter erstatten der Kommission oder ihren Unterkommissionen Bericht.

Commission on the Status of Women (Kommission über die Rechtsstellung der Frau) (CSW): die vom Wirtschafts- und Sozialrat gebildete Körperschaft (ECOSOC) der Vereinten Nationen als die maßgebliche UN-Politik gestaltende Körperschaft für Frauen; sie überwacht die Umsetzung der Pekinger Maßnahmenplattform.

Committee against Torture (Komitee gegen Folter): das Gremium, das Abkommen überwacht. Es wurde gegründet von der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, um Verletzungen der Konvention anzuhören.

Committee of Ministers of the Council of Europe (Ministerkomitee des Europarats): der politische Arm der Europäischen Konvention über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten; es kann Fälle an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verweisen.

Committee on the Elimination of Discrimination against Women (Komitee zur Beseitigung von Diskriminierung der Frau): das Gremium, das das Abkommen überwacht, welches vom Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau geschaffen wurde, um dessen Einhaltung durch den Staat zu überwachen.



Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung): das Gremium, das Abkommen überwacht, welches von der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung geschaffen wurde, um dessen Einhaltung durch den Staat zu überwachen.

Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe) (1984 verabschiedet; 1987 in Kraft getreten): Abkommen, das Folter definiert und verbietet.

Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) (CEDAW) (Frauenkonvention) (1979 verabschiedet; 1981 in Kraft getreten): das erste gesetzlich bindende internationale Dokument, das Diskriminierung von Frauen verbietet und Regierungen dazu verpflichtet, definitive Schritte zu unternehmen, um die Gleichheit der Frauen zu fördern.

Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung) (CERD) (1965 verabschiedet; 1969 in Kraft getreten): Abkommen, das Rassendiskriminierung definiert und verbietet.

Convention on the Political Rights of Women (Konvention über politische Rechte von Frauen) (1952 genehmigt; 1954 in Kraft getreten): ein frühes Abkommen, das die Rechte der Frauen im politischen Bereich zusichert.

Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord) (1948 genehmigt; 1951 in Kraft getreten): eine internationale Konvention, die Völkermord definiert und verbietet; das erste Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen.

Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families (Konvention zum Schutz der Rechte aller Gastarbeiter und ihrer Familien) (1990 verabschiedet; 2003 in Kraft getreten): Abkommen, das die Rechte der Gastarbeiter und ihrer Familien definiert.

Convention on the Rights of the Child (Konvention über die Rechte des Kindes) (CRC) (1989 verabschiedet; 1990 in Kraft getreten): Konvention, die die komplette Palette der zivilen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte von Kindern darstellt.

Convention Relating to the Status of Refugees (Konvention über den Flüchtlingsstatus) (1951 verabschiedet; 1954 in Kraft getreten; revidiert durch das Protokoll aus dem Jahre 1967): Hauptkonvention, die die Definition eines Flüchtlings festlegt und die Rechte der Flüchtlinge sowie die Verpflichtungen



der aufnehmenden Staaten erläutert; sie definiert einen Flüchtling als eine Person, die hinsichtlich Rasse, Religion, Nationalität, Mitgliedschaft in einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Meinung eine wohlbegründete Angst vor Verfolgung hat und die sich außerhalb ihres Heimatlandes befindet. Entwurzelte Menschen, die in ihrem Land bleiben, werden als Vertriebene bezeichnet.

Council of Europe (Europarat): regionale Organisation, die wie eine Schirmorganisation für regionale Kooperation bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten fungiert; man beachte, dass der Rat von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einer rein wirtschaftlichen Unternehmung, zu unterscheiden ist.

Darfur: die westlichste Region des Sudans.

Doppelbestrafung: Wenn eine Person für dasselbe Verbrechen einem zweiten Prozess oder einer zweiten Bestrafung unterzogen wird, wofür sie bereits angeklagt oder bestraft wurde.

Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat) (ECOSOC): der Rat der Vereinten Nationen, der 54 Mitglieder umfasst und der sich hauptsächlich mit den Gebieten Bevölkerung, Wirtschaftsentwicklung, Menschenrechte und Strafrecht befasst; ein hochrangiges Gremium, das Menschenrechtsberichte aus unterschiedlichen Instanzen erhält und ihnen nachgeht.

Erklärung: ein Dokument, das Standards darlegt, über die übereingestimmt wird, das aber nicht gesetzlich bindend ist. UN-Konferenzen, wie die UN-Konferenz von 1993 über Menschenrechte in Wien und die Weltkonferenz von 1995 über Frauen in Peking, stellen gewöhnlich zwei Ausfertigungen der Erklärungen: Eine wird von Vertretern der Staaten geschrieben und eine von Nichtregierungsorganisationen (NROs). Die UN-Generalversammlung stellt häufig einflussreiche, aber nicht gesetzlich bindende Erklärungen aus.

ETS: European Treaty Series (Europäische Serie von Abkommen)

Europaparlament: die wichtigste beratende und überwachende Institution der Europäischen Union.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Sie wurde 1958 gegründet, um einen allgemeinen europäischen Markt, frei von Handelsbarrieren, zu entwickeln und um die Harmonisierung von Gesetzen und Praktiken zu fördern.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: ein Gericht, das von der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten geschaffen wurde, um behauptete Menschenrechtsverletzungen zu bearbeiten. Das Gericht setzt sich aus einer Anzahl von Richtern zusammen, ähnlich wie das der Mitglieder des Europarats. Man beachte, dass es sich vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft unterscheidet, einem Gremium, das Wirtschaftsklagen bearbeitet.



Europäischer Gerichtshof: der höchste Gerichtshof der Europäischen Union.

Europäischer Rat: die Hauptinstitution zur Schaffung von Richtlinien und Regeln der Europäischen Union.

European Commission of Human Rights (Europäische Kommission für Menschenrechte): ein Gremium, das von der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten geschaffen wurde, um Missstände bei den Menschenrechten zu untersuchen und Verstöße anzuklagen. Die Kommission besteht aus einer Reihe von Mitgliedern, deren Anzahl im gleichen Verhältnis zur Anzahl der Vertragsparteien steht.

European Community Court of Justice (Europäischer Gerichtshof): ein 1952 geschaffenes Gericht als Teil der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl; das Gericht bearbeitet Wirtschaftsklagen zum Abkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ähnlichen Vereinbarungen.

European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (Europäische Konvention zum Schutz vor Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) (1987 verabschiedet; 1989 in Kraft getreten): regionale Entsprechung der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Unterscheidungsmerkmal ist die Errichtung des Europäischen Komitees zum Schutz vor Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe.

European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten) (1950 unterzeichnet; 1953 in Kraft getreten): regionales Dokument, das zivile und politische Menschenrechte garantiert und einen Apparat zur Überwachung und Durchführung errichtet.

European Social Charter (Europäische Sozialcharta) (1961 unterzeichnet; 1965 in Kraft getreten): regionales Dokument, das sich mit der Entwicklung und dem Schutz sozialer und wirtschaftlicher Rechte befasst; es soll eine Ergänzung zur Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen, hat aber weniger Machtbefugnisse.

European Union: eine regionale, zwischenstaatliche Organisation, die die Abschaffung von Binnengrenzen und die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zum Ziel hat.

Fakultativprotokoll: Anhang zu einer internationalen Vereinbarung, dem die Parteien der Staaten separat zustimmen müssen; erlegt den Parteien oft zusätzliche Verpflichtungen auf, wie zum Beispiel eine Vereinbarung darüber, sich der Gerichtsbarkeit eines internationalen Gerichts zu unterwerfen.



Generalversammlung: eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen, das aus allen Mitgliedstaaten besteht; es stellt Erklärungen aus und verabschiedet Konventionen zu Menschenrechtsangelegenheiten; seine Tätigkeiten werden von der Satzung der Vereinten Nationen bestimmt.

Generalversammlung der Vereinten Nationen: das einzige Organ der Vereinten Nationen, in dem alle Mitgliedstaaten repräsentiert sind. Die Generalversammlung dient als ein Forum für Mitgliedstaaten, um Initiativen über internationale Fragen zu Frieden, wirtschaftlichem Fortschritt und Menschenrechten auf den Weg zu bringen.

Genfer Konventionen: vier in Genf, Schweiz, formulierte Abkommen, die den Standard für Völkerrecht für menschliche Belange setzen. Sie betreffen hauptsächlich die Behandlung der nicht am Krieg Beteiligten und von Kriegsgefangenen. Der Verabschiedung der ersten Konvention folgte 1863 die Gründung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und inzwischen wurden sie von 194 Ländern ratifiziert.

Gerichtsbarkeit: die Zuständigkeit von Gerichten oder gerichtsähnlichen Organen, um Klagen zu bearbeiten und zu entscheiden; kann sich auf die Befähigung des Gerichts beziehen, Fälle zu untersuchen, die von bestimmten Arten von Klägern vorgebracht werden; Gerichtsbarkeit kann sich auch auf einen geografischen Zuständigkeitsbereich beziehen.

habeas corpus: ein Erlass (schriftlicher Befehl im Namen eines Gerichts), der fordert, dass eine Person vor einen Richter oder ein Gericht gebracht wird, besonders um die Rechtmäßigkeit ihrer Haft zu untersuchen.

Hochkommissar für Menschenrechte: das Büro der Vereinten Nationen wird zum Träger von Förderung und Schutz der Menschenrechte weltweit.

Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen: die Sonderbehörde der Vereinten Nationen, die sich mit Flüchtlingsthemen und ähnlichen Menschenrechtsbelangen befasst.

Humanitäres Recht: die internationalen Regelungen, die die Rechte der am Krieg Beteiligten und der nicht am Krieg Beteiligten festlegen. Siehe **Genfer Konvention**.

ICCPR: Siehe **Internationales Abkommen für bürgerliche und politische Rechte**.

infames Verbrechen: ein Verbrechen, das durch hohes Strafmaß bestraft werden kann, wie zum Beispiel durch Tod, lange Inhaftierung oder Verlust des Bürgerrechts.

Inkrafttreten: der Zeitpunkt, an dem ein Abkommen für die Länder, die es ratifizierten, vollkommen bindend wird. Das geschieht gewöhnlich, wenn eine bestimmte Anzahl von Staaten das Abkommen ratifiziert hat.



Inter-American Convention on Human Rights (Interamerikanische Menschenrechtskonvention) (1969 unterzeichnet; 1978 in Kraft getreten):

Konvention, die für den Schutz der Menschenrechte in Amerika sorgt und den Amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte etabliert.

Inter-American Convention on the Prevention, Punishment and Eradication of Violence against Women (Interamerikanische Konvention zur Verhinderung, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen) (1995 in Kraft getreten):

eine regionale Konvention, die ein neues Instrument für Frauen in Amerika bereitstellt, die unter verschiedenen Arten von Gewalt leiden.

Inter-American Convention to Prevent and Punish Torture (Interamerikanische Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Folter) (1985 verabschiedet; 1987 in Kraft getreten):

regionale Begleitkonvention zur Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung.

Inter-American Court of Human Rights (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte):

ein aus sieben Mitgliedern bestehendes Rechtsorgan, das Fälle bearbeitet, die gegen Mitgliedsorganisationen bezüglich Menschenrechtsverstößen vorgebracht werden; ein Organ der Organisation Amerikanischer Staaten.

Interamerikanische Menschenrechtskommission: ein Organ der Organisation der Amerikanischen Staaten mit der Befugnis, Untersuchungen bei behaupteten Menschenrechtsverletzungen durchzuführen und Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte zu empfehlen.

International Bill of Human Rights (Internationales Menschenrechtsgesetz):

die Kombination aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und ihrem Fakultativprotokoll sowie dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR).

International Covenant on Civil and Political Rights (Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte) (ICCPR) (1966 verabschiedet; 1976 in Kraft getreten):

eine Konvention, die besagt, dass alle Menschen eine große Anzahl an bürgerlichen und politischen Rechten haben. Einer der drei Bestandteile der International Bill of Human Rights.

International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) (ICESCR) (1966 verabschiedet; 1976 in Kraft getreten):

eine Konvention, die besagt, dass alle Menschen eine große Anzahl an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten haben. Einer der drei Bestandteile der International Bill of Human Rights.



Internationales Gewohnheitsrecht: Gesetz, das verbindlich für Staaten wird, obwohl es nicht niedergeschrieben ist, sondern eher gewohnheitsmäßig ständig befolgt wird; wenn genügend Staaten anfangen, sich so zu verhalten, als wäre etwas zwingendes Gesetz, wird es tatsächlich zum Gesetz; eine der Hauptquellen von Völkerrecht.

Keilschrift: Schriftzeichen aus schmalen, dreieckigen oder schiffchenförmigen Elementen, die von den alten Akkadiern zum Schreiben verwendet wurden. Keilschrift bezieht sich auch auf das Schriftsystem, bei dem solche schiffchenförmigen Eindrücke aus Tonerde gemacht wurden.

Konvention: bindende Vereinbarung zwischen Staaten; als Synonym verwendbar mit *Abkommen* und *Pakt*. Wenn Konventionen mit der UN-Generalversammlung geschlossen werden, erzeugen sie rechtlich bindende internationale Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten, die die Konvention unterzeichnet haben. Wenn eine nationale Regierung eine Konvention ratifiziert, werden die Artikel dieser Konvention Teil ihrer inländischen rechtlichen Verpflichtungen.

Mali: ein von Land umgebener Staat in Zentral-Westafrika, der an Algerien, Nigeria, Burkina Faso, Senegal und Mauretanien grenzt.

Meldeverfahren: Siehe **Überwachungs- und Meldeverfahren**.

Menschenhandel: das Anwerben, der Transport, das Beherbergen oder die Aufnahme von Menschen zum Zweck der Sklaverei, Zwangsarbeit (einschließlich Fronarbeit oder Schuldknechtschaft) und Knechtschaft. Die Gesamtjahreseinnahmen durch Menschenhandel werden auf 5 bis 9 Mrd. Dollar geschätzt.

Menschenrechtskomitee: das Gremium, das Abkommen überwacht, das vom Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte geschaffen wurde, um Beschwerden zu untersuchen und zu bearbeiten, die die bürgerlichen und politischen Rechte des Pakts betreffen; eines von sechs Gremien, die beauftragt sind, die Einhaltung der UN Menschenrechtskonvention durch die Mitgliedstaaten zu überwachen.

Mitgliedstaaten: Länder, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind.

Myanmar: ein Land, das sich im westlichen Teil des Festlandes Südostasiens befindet, umgeben von China, Laos, Thailand, Bangladesch und Indien. Auch Birma genannt.

Naturgesetz: eine Theorie, die die Existenz eines Gesetzes aufstellt, dessen Inhalt von der Natur vorgegeben ist und das daher überall gültig ist; in der Philosophie ist es ein System von Recht oder Gerechtigkeit, das allen Menschen gemein ist und eher von Natur aus entstand als durch die Gesetze der Gesellschaft oder definitives Gesetz.

nicht bindend: ein Dokument, z. B. eine Erklärung, die keine formellen, rechtlichen Verpflichtungen beinhaltet. Sie kann jedoch moralische Verpflichtungen beinhalten oder Gesetzeskraft erlangen.



Nichtregierungsorganisationen (NROs): Organisationen, die von Personen außerhalb der Regierung gebildet werden, NROs überwachen die Verfahren von Menschenrechtsorganiemen, wie die Kommission der Menschenrechte, und sie sind die „Wächter“ über die Menschenrechte, die in ihr Mandat fallen. Manche sind groß und international (Ein Herz für Kinder, Amnesty International, Girl Scouts); andere können klein und regional sein (eine Organisation, die für Menschen mit Behinderungen in einer bestimmten Stadt eintritt; eine Koalition, um die Rechte der Frauen in einem Flüchtlingslager zu fördern). NGOs spielen eine beträchtliche Rolle beim Einfluss auf die UN-Richtlinien, und viele von ihnen haben einen offiziellen Beratungsstatus bei der UN.

OAS: Siehe **Organisation der Amerikanischen Staaten**.

OAU: Siehe **Organisation Afrikanischer Einheit**

Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights (Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte (1966 verabschiedet; 1976 in Kraft getreten): Anhang zum Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte. Durch die Unterzeichnung dieses Anhangs vereinbaren die Staaten, dem Komitee für Menschenrechte zu erlauben, individuelle Beschwerden zu berücksichtigen, d. h. Beschwerden von Einzelpersonen, die behaupten, dass ihnen die Rechte des Internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte versagt wurden.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS): eine Organisation unabhängiger amerikanischer Staaten, die gegründet wurde, um den Frieden und die Sicherheit in der Region zu stärken und um die regionale Kooperation bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten zu fördern.

Organisation für Afrikanische Einheit (OAU): Organisation unabhängiger afrikanischer Staaten, die zusammenarbeiten, um den Frieden und die Lebensqualität für die Menschen in Afrika zu verbessern. Ihre Satzung, das zentrale Dokument der Gruppe, wurde 1963 verabschiedet.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) (früher die CSCE): der europäische Versuch, Sicherheitsangelegenheiten durch eine Reihe kreativer Gemeinschaftsprojekte friedlich anzugehen. Früher hieß sie Konferenz über Sicherheit und -Kooperation in Europa; zur Schlussakte von Helsinki erklärt.

Pakt: verbindliche Vereinbarung zwischen Staaten; als Synonym verwendbar mit *Konvention* und *Abkommen*. Wenn ein Pakt von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde, erschafft er gesetzlich bindende internationale Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten, die den Pakt unterschrieben haben. Wenn eine nationale Regierung einen Pakt ratifiziert, dann werden die Artikel dieses Pakts Teil ihrer inländischen gesetzlichen Verpflichtungen.

Petition: Siehe **Beschwerde**.



Protokoll: ergänzender Anhang zu einem Abkommen; wenn die Vertragsstaaten weiterhin mit dem Hauptvertrag übereinstimmen können, ohne das Protokoll zu unterzeichnen, nennt man das ein Fakultativprotokoll.

Ratifizierung: ein Prozess, bei dem das gesetzgebende Gremium eines Staates eine Regierungshandlung bestätigt, indem es einen Vertrag unterzeichnet; förmliche Prozedur, bei der ein Staat nach der Unterzeichnung an einen Vertrag gebunden wird.

Schlussakte von Helsinki: eine Erklärung der Prinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Frieden und Menschenrechte in Europa anstrebt; das erste Dokument Helsinkis wurde Schlussakte der Helsinki-Konferenz genannt (1975).

Sicherheitsrat: Organ der Vereinten Nationen, das aus fünf ständigen Mitgliedern und zehn nicht ständigen Mitgliedern besteht, die von der Generalversammlung gewählt werden, welche versucht, eine friedvolle Einigung bei Unstimmigkeiten herbeizuführen.

Sonderberichterstatter: eine Person, der eine bestimmte Mission übertragen wird, Untersuchungen anzustellen, Informationen zu sammeln und über bestimmte Menschenrechtsangelegenheiten oder über die Situation in einem bestimmten Teil der Welt zu berichten. Der Sonderberichterstatter für Religions- oder Glaubensfreiheit berichtet der UN-Kommission für Menschenrechte jährlich über den weltweiten Status dieses Menschenrechts.

Überwachungs- und Meldeverfahren: Verfahrensabläufe, die normalerweise nicht in gesetzlich einklagbaren Abhilfen resultieren, die „Prüfungen“ von Regierungsverhalten ähneln, die zu nicht bindenden Empfehlungen führen. In manchen Fällen ähnelt die Berichterstattung einer Selbstinspektion; Regierungen melden selbst die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen, oder ein überwachendes Organ veranlasst den Bericht über das Verhalten der Regierung.

Unterschrift: eine Handlung, bei der ein Staat eine vorläufige Billigung eines Abkommens abgibt. Das Unterzeichnen bewirkt keine bindende gesetzliche Verpflichtung, sondern demonstriert die Absicht des Staates, das Abkommen innenpolitisch zu prüfen und zu erwägen, es zu ratifizieren. Während das Unterzeichnen einen Staat nicht dazu verpflichtet zu ratifizieren, so verpflichtet es den Staat doch dazu, Handlungen zu unterlassen, die die Zielsetzung und den Zweck des Vertrags vereiteln oder unterminieren.

unveräußerlich: bezieht sich auf Rechte, die jede Person hat und die einer Person unter keinen Umständen weggenommen werden können.

Verabschiedung: ein Prozess, bei dem ein Staat internationalem Gesetz zustimmt; hinsichtlich Verträgen bezieht sich Verabschiedung auf das anfängliche diplomatische Stadium, bei dem ein Vertrag angenommen wird; nach der Verabschiedung eines Vertrages muss er gewöhnlich von der Gesetzgebung ratifiziert werden, um in Kraft zu treten.



Verfahren: die verschiedenen Arten, auf die Menschenrechtsbeschwerden eingereicht werden können. Siehe **Überwachungs- und Meldeverfahren**.

Verfahrenserfordernisse: technische Anforderungen, die erfüllt werden müssen, um eine Beschwerde einzureichen, im Unterschied zu substantziellen Anforderungen.

„Verschwindenlassen“: ein Euphemismus für politisch motivierte Morde. Da jene, die das Verschwinden arrangieren, gewöhnlich Regierungsbeamte sind, werden die Täter selten zur Rechenschaft gezogen.

Vertriebener: eine Person, die aufgrund von politischer Verfolgung oder Krieg aus ihrer Heimat flüchtet, aber nicht die Staatsgrenzen überschreitet; *Vertriebene* kann als Begriff für diejenigen verwendet werden, die sich zwar selbst als Flüchtlinge betrachten, die aber gemäß der Flüchtlingskonvention nicht den offiziellen Flüchtlingsstatus erhalten.

Villiers, George: (1592–1628) englischer Staatsmann, erster Herzog von Buckingham und Günstling von James I, König von England. Buckingham hatte großes Interesse an Diplomatie und Kriegsführung und hatte die Erlaubnis von James, das Land gewissermaßen zu regieren, was er 1625 mit dem Thronfolge von Charles (König Charles I) machte. Das Parlament misstraute Buckingham und wies ihn zurück, da es ihn für arrogant hielt und der Meinung war, er habe England unnötigerweise in Kriege mit Frankreich (1626–1629) und Spanien (1624–1630) verwickelt.

Völkermord: jede der folgenden Handlungen, die ganz oder teilweise mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe zu zerstören, wie zum Beispiel: (a) Mitglieder der Gruppe zu töten; (b) Mitgliedern der Gruppe schwerwiegende Körperverletzungen oder geistigen Schaden zuzufügen; (c) absichtlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, der Gruppe körperlichen Schaden zuzufügen; (d) Maßnahmen aufzuerlegen, die das Verhindern von Geburten bewirken; (e) Kinder einer Gruppe gewaltsam in eine andere Gruppe zu überführen. Siehe **Konvention zur Verhinderung und Bestrafung der Verbrechen von Völkermord**.

Völkerrecht: ein Satz Regeln, der bei Beziehungen zwischen Staaten und Nationen allgemein als bindend angesehen und akzeptiert wird. Auch „Gesetz der Nationen“ genannt.

Völkerrecht: Es ist als Synonym verwendbar mit Solidaritätsrechten und Kollektivrechten; es bezieht sich auf die Rechte von Gruppen, nicht nur Einzelpersonen, wie beispielsweise das Recht auf Entwicklung, Frieden und eine gesunde Umwelt.